

Aufbruch und Erneuerung.

Zusammenhalt und Verlässlichkeit.

Für München.

Koalitionsvereinbarung für die Stadtratsperiode 2026 – 2032

zwischen Oberbürgermeister Dominik Krause, den Münchner Parteien
DIE GRÜNEN, SPD, FDP, Rosa Liste sowie dem Stadtverband der
Freie Wähler, den Stadtratsfraktionen Die Grünen – Rosa Liste,
SPD und FDP FREIE WÄHLER

I. Präambel: Gemeinsames Verständnis.....	2
II. Haushalt und Finanzen	3
III. Stadtentwicklung und Wohnungsbau	5
IV. Mobilität.....	9
V. Soziales	13
VI. Umwelt und Klimaschutz	15
VII. Bürger*innenbeteiligung, Verwaltungsmodernisierung, Digitalisierung	18
VIII. Arbeit, Wirtschaft & Daseinsvorsorge, Europa und Internationales	22
IX. Bildung.....	25
X. Sport.....	26
XI. Gesundheit und Pflege.....	27
XII. Kultur	29
XIII. Sicherheit und offene Stadtgesellschaft.....	31
XIV. Gleichstellung	33
XV. Queer.....	33
XVII. Personelles	34

I. Präambel: Gemeinsames Verständnis

München steht an einem Wendepunkt. Die Entwicklung der Stadt muss mutig gestaltet und gleichzeitig der städtische Haushalt entschlossen saniert werden. Das erfordert einen neuen Aufbruch, nicht nur im Rathaus, sondern in der Verwaltung und Stadtgesellschaft – verantwortungsvoll und im Dienst aller Münchnerinnen und Münchner.

München ist eine starke, vielfältige und solidarische Stadt. Sie zählt zu den wirtschaftlich stärksten, lebenswertesten und zugleich dynamischsten Städten Europas. Diese Kraft wollen wir nutzen, um bereits Erreichtes positiv weiterzuentwickeln und Neues mutig zu gestalten. Mit einer modernen Verwaltungskultur machen wir das Rathaus zum Wegbereiter der Zukunft. Dank Digitalisierung vereinfachen wir Prozesse und mit kluger Beteiligung nehmen wir die Menschen auf diesem Weg mit. Mit klaren Prioritäten schaffen wir für die Zukunft finanzielle Spielräume.

Die Chancen, die die Olympiabewerbung eröffnet, werden wir entschieden nutzen. Die Münchnerinnen und Münchner haben sich in einem historischen Bürgerentscheid mit einer klaren Mehrheit dafür entschieden, dass sich München um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele für die Jahre 2036, 2040 oder 2044 bewirbt. Diesem Anspruch wollen wir als Sportstadt gerecht werden und gleichzeitig Spiele gestalten, die Münchens Infrastruktur im Wohnen und Verkehr langfristig nach vorne bringen.

Unser Ziel ist eine moderne Stadt, die den Herausforderungen der Klimakrise gewachsen ist und den Menschen dient: mit bezahlbarem Wohnraum, leistungsfähiger Infrastruktur, nachhaltiger Mobilität, bedarfsgerechter sozialer Versorgung und einer prosperierenden Wirtschaft. In unseren Augen bietet eine moderne Stadt ihren Menschen Chancen, ihr Leben zu gestalten und sich selbst zu verwirklichen. Die Modernisierung der Stadt verstehen wir nicht als Selbstzweck, sondern als Chance, die Lebensqualität für alle zu verbessern. Denn Zusammenhalt und ein gutes Leben für alle sind nur möglich, wenn auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen hier eine Perspektive haben und sich ihren Alltag leisten können. Gerade in finanziell herausfordernden Zeiten, die voraussichtlich Einschnitte notwendig machen, gilt für uns das Prinzip, dass starke Schultern mehr tragen können als schwache.

Wir stehen für die Werte unseres Grundgesetzes und den Schutz der Menschenrechte – im politischen Miteinander und im Zusammenleben in unserer Stadtgesellschaft. Daher setzen wir uns mit unserem politischen Wirken für alle Münchnerinnen und Münchner ein – egal, welcher Herkunft, Hautfarbe, Religion, sexueller oder geschlechtlicher Orientierung sie sind.

Wir setzen auf eine Politik der Verlässlichkeit, der Stabilität und des guten, vertrauensvollen Dialogs. In Zeiten wachsender Unsicherheiten ist es unser Anspruch, Unterstützung zu bieten und in der Stadtgesellschaft eng zusammenzurücken. Wir gestalten ein starkes, innovatives und lebenswertes München, das seinen besonderen Charakter bewahrt und für die Zukunft fit gemacht wird.

II. Haushalt und Finanzen

Finanzielle Rahmenbedingungen

Zentraler Bestandteil unserer Zusammenarbeit ist die dauerhafte Sicherung eines genehmigungsfähigen Haushalts. Bis zum Jahr 2029 erhöht sich die Belastung der laufenden Verwaltungstätigkeit durch Zins und ordentliche Tilgung ohne Gegensteuerungsmaßnahmen von heute gut 397 Mio. Euro auf dann mehr als 742 Mio. Euro pro Jahr. Wir wollen für Investitionen notwendige Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen auch künftig durch Zins und Tilgung zuverlässig bedienen können, Investitionen auch aus eigener Kraft finanzieren, Handlungsspielräume für neue oder veränderte Aufgaben schaffen und robuster gegen extern verursachte Krisen werden. Daher ist es das Ziel der Koalition, den Haushalt der Stadt München schrittweise so zu entlasten, dass dieser in drei Jahren dauerhaft über jährliche Minderauszahlungen und Mehreinzahlungen im Umfang von mindestens einer halben Milliarde Euro in der laufenden Verwaltungstätigkeit verfügt.

Bereits im kommenden Haushaltsjahr 2027 soll die Hälfte des insgesamt angestrebten dauerhaften Konsolidierungsbeitrags mit konkreten Maßnahmen ausgestaltet werden. Das langfristige Ziel ist, den laufenden Haushalt so zu gestalten, dass keine Neuverschuldung mehr notwendig wird.

Grundlage des Konsolidierungsprozesses ist eine systematische Überprüfung aller laufenden Auszahlungen mit dem Ziel, Effizienzpotenziale zu heben, Standards zu überprüfen und Auszahlungen auf das zwingend Notwendige zu konzentrieren. Dies gilt auch für Pflichtaufgaben. Gleichzeitig sollen die für die Bürgerinnen und Bürger wichtigsten Aufgaben auch künftig zeitnah und in guter Qualität erledigt werden.

Die Koalitionspartner*innen sind sich einig, dass Haushaltsdisziplin eine zentrale Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts und die Gestaltungsmöglichkeiten des Stadtrats

ist. Es bleibt unsere Aufgabe, weiterhin in die Zukunftsfähigkeit Münchens zu investieren. Daher müssen auch im investiven Bereich Prioritäten klar gesetzt werden: Notwendige, vertraglich bereits vereinbarte und strategisch wichtige Projekte müssen erfolgen, während weniger dringliche Vorhaben überprüft, angepasst oder zeitlich gestreckt werden. Investitionen, die bereits beschlossen, jedoch noch nicht beauftragt sind, werden daraufhin überprüft, ob eine alternative Variante für die Stadt den gleichen Nutzen bei finanziellen Einsparungen ermöglichen kann.

Aufwandssteuern, die über längere Zeit keiner Inflationsanpassung unterlagen, können adäquat angehoben werden. Darüber hinaus werden Steuererhöhungen in den nächsten sechs Jahren vermieden. Zur Stabilisierung der Einzahlungsseite werden maßvolle und sozial ausgewogene Anpassungen bei städtischen Gebühren und Entgelten geprüft und umgesetzt, wo dies sachlich gerechtfertigt ist.

Mit diesem Ansatz verbinden die Koalitionspartner*innen solide Finanzpolitik mit dem Ziel, München auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten handlungsfähig zu halten und notwendige Zukunftsinvestitionen weiterhin zu ermöglichen.

Die bereits beschlossenen Sparmaßnahmen beim städtischen Personal führen in weiten Teilen der Stadtverwaltung zur Nachbesetzung von deutlich weniger als der Hälfte der freiwerdenden Stellen. Zudem werden diese nahezu ausschließlich mit Nachwuchskräften besetzt. Innerhalb dieser Amtszeit wird dies dazu führen, dass die Stadt München wieder annähernd auf den Personalstand von 2014 zurückfällt – Digitalisierungsmaßnahmen müssen deshalb zügig umgesetzt werden, so dass dieser Personalverlust ausgeglichen werden kann.

Die Stadtverwaltung muss – anhand politischer Leitlinien – priorisieren, welche Stellen unbedingt nachbesetzt werden müssen und welche Aufgaben entfallen können. Dem bereits laufenden Prozess der Aufgabenkritik fühlt sich die Koalition verpflichtet.

Auch in schwierigen finanziellen Zeiten werden wir keine betriebsbedingten Kündigungen in der Stadtverwaltung vornehmen.

Die interne Organisationsberatung consult.in.M unterstützt die Referate und die Stadtverwaltung bei Organisationsentwicklung, Aufgabenkritik und Prozessverbesserungen und trägt durch Evaluation zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Verwaltungsorganisation bei. Zur Steuerung der Personalentwicklung führt das Personal- und Organisationsreferat ein regelmäßiges

Monitoring der Stellen- und Personalkostenentwicklung auf Grundlage eines mittelfristigen Zielpfads ein.

Ziel der neuen Verwaltungsstrukturen muss es sein, für die Beschäftigten zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu kommen und möglichst flache Hierarchien mit weit delegierten Entscheidungskompetenzen zu ermöglichen.

III. Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Wohnungsbau – gemeinsame Haltung, Münchner Standard, SoBon, Umwandlungsagentur

Wir wollen ermöglichen, dass mehr Wohnungen gebaut werden können. Unsere gemeinsame Grundhaltung ist, dass vor dem Hintergrund schwieriger Rahmenbedingungen der Bau- und Wohnungswirtschaft (Fachkräftemangel, steigende Zinsen, überbordende Anforderungen gesetzlicher Natur von Bund, Freistaat und DIN-Standards, Anforderungen der Banken bei Finanzierungsbedingungen, schwieriger Fördermittelsituation bei Bund, Land und natürlich auch aufgrund der kommunalen Finanzsituation in München selbst) zügig Schritte unternommen werden müssen, um den Bau von Wohnungen zu beschleunigen. Die Koalition bekennt sich zur konsequenten und verantwortungsvollen Nutzung des „Bau-Turbos“ als Instrument zur Beschleunigung des Wohnungsbaus in München. Wir wollen einen eigenen Münchner Standard etablieren und, ähnlich wie in Hamburg, erfolgreich umsetzen. Wohnungszuschnitte müssen hierbei gerade bei geförderten Wohnungen optimiert und Standards auf Kosten und Nutzen überprüft werden.

Dabei betrachten wir die private Bau- und Wohnungswirtschaft als wichtige Partner*in. Daher wollen wir ermöglichen, dass möglichst einfach, geld- und ressourcenschonend, aber dabei gleichzeitig lebenswert und aus Perspektive der gesamtstädtischen Nutzung mehr gebaut wird. Das stabilisiert nachhaltig das Mietniveau.

Das Potenzial von 50.000 neuen Wohnungen durch Neubau und Umwandlung wollen wir so schnell wie möglich ausschöpfen. Hierzu wird der Oberbürgermeister zu einem Wohnungsgipfel einladen, um mit privaten, städtischen und gemeinwohlorientierten Akteur*innen ins Gespräch zu kommen. Ziel ist, den Wohnungsbau zu fördern und im Dialog die Bedingungen zu verbessern.

Wohnungsbau und Nachhaltigkeit denken wir gemeinsam. Unser Ziel sind lebenswerte Quartiere mit einer guten Infrastruktur. Durch Neubau und maßvolle Nachverdichtung schaffen wir flächensparend, kostenoptimiert und klimaangepasst den dringend benötigten, sozial gerechten

Wohnraum. Ökologisch wertvolle Flächen, Frischluftschneisen und wertvollen Baumbestand gilt es zu erhalten. Gerade bei den großen Neubaugebieten achten wir auf hohe Qualität der Planungen und setzen auch auf offene Architekturwettbewerbe, die ökologische Standards und eine nachhaltige Mobilität konsequent berücksichtigen. In unserem Einflussbereich bei der Münchner Wohnen und bei städtischen Liegenschaften führen wir den weiteren Ausbau der Solarenergie fort. Zusammen mit Verwaltung und Bauträger*innen arbeiten wir an einem größeren Bewusstsein für den Wert von grauer Energie. Umbau bekommt so, wo es möglich ist, Vorrang vor Abriss.

Wir werden die Sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN) an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen mit dem Ziel, den Wohnungsbau anzukurbeln. Das bislang geltende Baukastenprinzip sehen wir im Grundsatz als gut an, es muss aber weiterentwickelt werden. Wir streben dabei eine gerechte Beteiligung der Planungsbegünstigten an den in den vergangenen Jahren ebenfalls gestiegenen Infrastrukturkosten an. Die Stadtgesellschaft muss gerecht an den Planungsgewinnen beteiligt werden. In der Diskussion mit allen Stakeholdern werden wir die SoBoN neu aufstellen. Ziel ist dabei ein Wert, der privaten Bauträger*innen das Bauen ermöglicht, und bei dem die Stadt trotzdem eine hohe Anzahl an gefördertem Wohnungsbau erhält und zusätzlich frei finanzierten Wohnraum schafft. Daher wird – auch aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Fördermitteln – im Regelmodell des Baukastens die Quote des geförderten Wohnungsbaus gesenkt.

Die Umwandlung von Büros in Wohnungen bietet gerade angesichts der begrenzten Fläche in München großes Potential. Daher wird an der Spitze des Planungsreferates eine Umwandlungsagentur – mit ausreichenden Mitteln – eingerichtet. Hier werden auch Möglichkeiten geschaffen, über Befreiungen Wohnungen im Einheimischen-Modell zu errichten. Aufgrund der besonderen baulichen Gegebenheiten möchten wir bei der Umwandlung ein besonderes Augenmerk auf studentisches Wohnen und Azubi-Wohnen richten.

Entwicklungsprojekte/SEM

Die Federführung der Stadtentwicklungsmaßnahmen im Münchner Norden und Nordosten liegt beim Oberbürgermeister. Er wird Gespräche mit allen Beteiligten auf Augenhöhe führen. So soll zügig ein tragfähiger Konsens über die weitere Entwicklung erreicht werden. Das Instrument der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) wird so lange aufrechterhalten, bis eine einvernehmliche Lösung erzielt worden ist.

Gemeinsam setzen wir uns für einen möglichst zügigen Beginn des Wohnungsbaus in den geeigneten Teilbereichen ein, insbesondere im Nordosten auch für ein mögliches Olympisches Dorf. Wir prüfen alle geeigneten Instrumente – einschließlich kooperativer Modelle unter Einbindung städtischer, staatlicher und privater Flächen.

Wir wollen mit den privaten Grundstückseigentümer*innen partnerschaftlich und verlässlich zusammenarbeiten und das Privateigentum achten. Ziel ist eine faire und transparente Verteilung der entstehenden Infrastrukturkosten, die Spekulationsanreize begrenzt und zugleich Investitionsbereitschaft ermöglicht. Unterschiedliche Vorschläge – auch gemeinsam mit Eigentümer*innen entwickelt – werden ergebnisoffen geprüft und nach klaren Kriterien bewertet.

Entscheidend für uns ist, dass auf diesem Wege schnell, wirtschaftlich tragfähig und in ausreichendem Umfang neuer Wohnraum entsteht. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Schaffung von sozial gebundenem Wohnraum.

Wir werden die erfolgreiche Transformation des Europarks hin zu einem zukunftsfähigen Quartier fortführen, das Gewerbe und Wohnen vereint.

Der Großmarkt soll im Großraum München einen neuen Standort finden. Im Großmarktareal wollen wir ein urbanes Quartier (Wohnen, soziale Infrastruktur, Gewerbe und Kultur) vorantreiben. In der denkmalgeschützten Halle sollen Marktstrukturen erhalten bleiben.

Mieten und Mieterschutz / Umgang mit dem Bestand

Viele Menschen in München haben Sorgen vor steigenden Mieten. Die kommunalen Spielräume beim Mieterschutz sind besonders weit ausgereizt – aber durch bundes- und landesrechtliche Vorgaben begrenzt. Wir werden die Möglichkeiten nutzen, um wirksam gegen Zweckentfremdung vorzugehen. Dabei werden wir uns für einen effektiven Verwaltungsvollzug einsetzen.

Wir bekennen uns zum Ziel, die soziale Durchmischung in den Münchner Stadtvierteln zu erhalten und Verdrängung entgegenzuwirken. Erhaltungssatzungsgebiete können hierzu ein geeignetes Instrument sein, das wir weiterhin sorgfältig prüfen und – wo fachlich begründet – anwenden und weiterentwickeln wollen.

Zugleich legen wir Wert darauf, die Auswirkungen auf Investitionen, Modernisierungen und die Schaffung neuen Wohnraums stets mitzubedenken. Deshalb werden bestehende und künftige Erhaltungssatzungen regelmäßig evaluiert und im Hinblick auf ihre Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit und mögliche unbeabsichtigte Nebenwirkungen überprüft. Ergänzend

setzen wir auf weitere Maßnahmen, die den Wohnungsbau stärken und Anreize für Investitionen erhalten.

Wir sehen uns verpflichtet, weiterhin für einen qualifizierten Mietspiegel zu sorgen, werden diesen aber in der Erstellung und bei den berücksichtigten Kriterien verbessern und darüber hinaus auch in Gespräche mit den Mieterschutzorganisationen und den Verbänden der Haus- und Grundeigentümer gehen.

Gegen illegal hohe Mieten gehen wir entschlossen vor und bieten den Betroffenen Hilfe an. Mit einem digitalen Mieten-Check überprüfen wir Inserate auf gesetzeswidrige Mieten und unzulässige Zweckentfremdung.

Wir verbessern die Wirtschaftlichkeit des Wohnungsbaus der Münchner Wohnen mit dem Ziel der Eigenwirtschaftlichkeit. Dazu tragen wir durch die Überprüfung und sozial gerechte Fortentwicklung der Mieten, mit reduzierten Baukosten und realistischen Sanierungszielen bei.

Wir erschließen neue zusätzliche Einnahmequellen für die Münchner Wohnen, etwa durch die Vergabe von Belegrechten für die Beschäftigten von Münchner Unternehmen im Neubau und entwickeln neue Finanzierungsmodelle. Dafür prüfen wir auch die Realisierbarkeit eines Wohnungsbau- oder Bodenfonds oder vergleichbare Modelle, mit dem Ziel, mehr bezahlbaren Wohnungsbau zu ermöglichen.

Städtischer Baugrund soll vorrangig durch die Münchner Wohnen entwickelt werden, kann aber auch an Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Bestandshalter vergeben werden. Dazu beauftragen wir die Verwaltung, ein Konzept zu erarbeiten, welches sich an der neuen Wohnungsgemeinnützigkeit orientiert.

In diesen Fällen sichert sich die LHM eine vertragliche Rückkaufsklausel, um eine spekulative Verwertung des jeweiligen Grundstücks auszuschließen. Solange die Mittel des Freistaates Bayern für die Wohnungsbauförderung nicht auskömmlich sind, werden wir in Entwicklungsgebieten – analog zur Vergabe an Genossenschaften – außerdem die Konzeptvergabe von Grundstücken je nach Anteil bezahlbarer Wohnungen prüfen.

Wohnungsbauförderung

Die Koalitionspartner*innen stellen gemeinsam sicher, dass die für die Wohnungsbauförderung vertraglich mit Planungsbegünstigten vereinbarten Mittel sowie die für die Bauleitplanung

erforderliche städtische Infrastruktur verlässlich finanziert werden. Durch die rechtzeitige Bereitstellung dieser Mittel schafft die Rathauskoalition Planungs- und Investitionssicherheit.

In der künftigen Wohnungspolitik müssen die begrenzten städtischen Mittel effizienter und zielgerichtet eingesetzt werden. Für uns ist eine sozialgerechte Wohnungspolitik eine dauernde Aufgabe. Unser Fokus ist dabei die Erstellung und Verbesserungen bei der Vergabe neuer Wohnungen für Familien und Alleinerziehende mit geringem und mittlerem Einkommen. Fehlbelegung geförderter Wohnungen sollen durch Wohnungstausch, aber auch durch Anpassung von Mieten bekämpft werden. Wir stärken Auszubildende in München durch die Schaffung von weiteren bezahlbaren Wohnungen durch das Projekt AzubiWerk.

Unsere Koalition setzt auf die Wohnungsgemeinnützigkeit – und fördert mit besonderem Schwerpunkt gemeinwohlorientierte Akteur*innen. Wir steigern im Bereich des gemeinnützigen Wohnens die Anzahl um 6000 weitere Wohnungen in dieser Stadtratsperiode. Dabei ist die Münchner Wohnen ein zentraler Anker und wird durch viele Genossenschaften, mit denen wir weiterhin gut zusammenarbeiten wollen, kräftig ergänzt. Dafür brauchen wir auch in Zukunft einen Vorrang bei der Wohnungsbauförderung und einen anderen Förderungsmix auf städtischen Flächen als auf privaten.

IV. Mobilität

Unsere gemeinsame Verkehrspolitik will Menschen ein hohes Maß an Selbstbestimmung und Sicherheit bieten und dabei Mobilität verlässlich, sozial gerecht, inklusiv, klimafreundlich, wirtschaftsfördernd und platzsparend so organisieren, dass Wege im Alltag stressfrei bewältigt werden können.

Verkehrssicherheit und gegenseitige Rücksichtnahme

Wir sind der Vision Zero verpflichtet. Verkehrssicherheit muss planungs- und handlungsleitend sein. Dazu gehören, wo sinnvoll, getrennte Wege für Fuß-, Rad- und Autoverkehr. Neben infrastrukturellen Maßnahmen braucht es Umsicht, Entschleunigung und ein besonderes Augenmerk auf ungeschützte Verkehrsteilnehmer*innen, insbesondere auf Kinder, Menschen mit Behinderung und Senior*innen. Wir werben für eine Kultur des Miteinanders und der Rücksichtnahme.

ÖPNV

Ein zuverlässiger, für alle bezahlbarer und nachhaltiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist grundlegend für die urbane Mobilität und zentral für die Wirtschaftskraft Münchens. Jeder Euro, der in den ÖPNV investiert wird, zahlt sich volkswirtschaftlich aus. Das notwendige und angemessene ÖPNV-Angebot kann die Kommune nur gemeinsam mit Bund und Freistaat finanzieren. Das grundsätzlich richtige Deutschlandticket und die verminderten Förderungen haben zur einer erheblichen Unterfinanzierung der kommunalen Verkehrssysteme geführt. Mit den kommunalen Spitzenverbänden fordern wir die rechtlichen Voraussetzungen für weitere Möglichkeiten der dezentralen ÖPNV-Finanzierung. Außerdem erwarten wir einen höheren Anteil der Regionalisierungsmittel und eine zeitgemäße Ertüchtigung der in Zuständigkeit von Bund, Bahn und Freistaat befindlichen S-Bahn. Wir brauchen eine verlässliche Planung und verbindliche Zeitpläne für Großprojekte, allen voran die 2. Stammstrecke, aber auch den S-Bahn-Ring und den zweigleisigen Ausbau der S-Bahnaußenäste. Lärm- und Erschütterungsschutz müssen beim Ausbau des Bahnknotens München selbstverständlich sein.

Wir modernisieren das Busnetz, passen das Angebot dem veränderten Mobilitätsverhalten an und binden insbesondere Außenbezirke und neue Wohngebiete gut an. Wir bauen die Tram Westtangente sowie die Tram Münchner Norden. Die Tram Johanneskirchen verfolgen wir weiter, wenn die nötigen Förderzusagen vorliegen. Bei absehbarer Förderfähigkeit und unter Berücksichtigung des Kosten-Nutzen-Faktors führen wir die Planungen weiterer Tram- und U-Bahn-Projekte fort. Insbesondere der U-Bahn-Ausbau ist nur mit umfassenden frühzeitigen Förderzusagen von Bund und Freistaat möglich, die auch Voraussetzung für den Infrastrukturausbau in der notwendigen Geschwindigkeit sind, wenn München den Zuschlag für Olympische Spiele erhält. Und: Guter ÖPNV braucht gut ausgebildetes Personal und gute Arbeitsbedingungen, das wollen wir gewährleisten.

Fußverkehr

Wenn mehr Menschen gerne zu Fuß gehen, weil die Wege sicher und gut ausgebaut sind, gewinnen wir belebte Straßen, soziales Miteinander und Bewegung im Alltag. Die Eigenständigkeit von Kindern fördern wir, indem wir die Voraussetzungen schaffen, dass sie Wege allein bewältigen können. Die ersten Schulstraßen in München sind ein Erfolgsmodell, das wir sukzessive und bedarfsorientiert an mehr Schulen umsetzen. Wir entschärfen für den Fußverkehr Gefahrenstellen, bauen barrierefreie, sichere Querungen aus, verlängern, wo sinnvoll, Grünphasen und ermöglichen mehr Ampel-Rundumgrün. Durch mehr Sitzgelegenheiten, Begrünung und Verschattung erleichtern wir Fußwege für diejenigen, die Pausen brauchen. Gehwege dürfen nicht durch abgestellte Fahrzeuge, etwa E-Scooter, blockiert werden, die

Maßnahmen dagegen setzen wir fort. Engstellen beseitigen wir sukzessive. Breite Gehwege, die auch im Rollstuhl oder mit dem Kinderwagen komfortabel passiert werden können, sind der Standard, den wir stadtweit erreichen wollen.

Aufenthaltsqualität

Zusammen mit Bewohner*innen, ansässigen Unternehmen (insbesondere Einzelhandel, Gastronomie, Hotelgewerbe), Verbänden und Kammern, örtlichen Bildungs- und Kulturinstitutionen, und allen anderen betroffenen Akteur*innen machen wir im Rahmen des Projekts „Altstadt für alle“ das Herz der Stadt fit für die Zukunft. In enger Abstimmung und mit Unterstützung der jeweils ortsansässigen Bürger- und Händlerschaft, deren Belange und Sorgen wir berücksichtigen, greifen wir Initiativen aus den Stadtbezirken zur Verkehrsberuhigung auf und setzen sie gemeinsam um. Das Konzept der „Stadt der kurzen Wege“ belebt Wohnviertel und steigert für viele Menschen die Lebens- und Aufenthaltsqualität.

Radverkehr

An den Anliegen der Bürgerbegehren Radentscheid und Altstadt-Radring halten wir grundsätzlich fest. Den Ausbau eines stadtweiten, bedarfsgerechten, sicheren und leistungsfähigen Radwegenetzes führen wir fort. Wir setzen insbesondere auf schnelle und kostengünstige Verbesserungen und ermöglichen auch temporäre Lösungen. Priorität haben mehr Verkehrssicherheit durch verbesserte Querungen, der Umbau von Gefahrenstellen und Lückenschlüsse im Radwegenetz. Die Ausweisung von Fahrradstraßen treiben wir voran und optimieren das bestehende Netz.

Autoverkehr

Wer aufs Auto angewiesen ist, soll gut vorankommen; der notwendige Autoverkehr soll stadt- und umweltverträglich organisiert sein. Um den Verkehrsfluss für alle Verkehrsteilnehmer*innen zu verbessern, setzen wir nicht nur auf die Grüne Welle mit bedarfsgesteuerten Ampelsystemen, sondern auch auf intelligente Parkleitsysteme. Wir fördern vorausschauende, IT-gestützte Steuerung von Verkehrsströmen, die Echtzeitdaten, Infrastrukturinformationen und verkehrspolitische Ziele integriert, um das Münchner Verkehrsnetz effizienter, sicherer und nachhaltiger zu gestalten. Auf wesentlichen Verkehrsachsen und auf dem Mittleren Ring gilt auch künftig in der Regel Tempo 50 und gegebenenfalls auch Tempo 60.

Parken organisieren

Um Alternativen zum Parken im öffentlichen Raum zu schaffen, ermöglichen wir den privatwirtschaftlichen Bau platzsparender Abstellanlagen, etwa Parktürme. Flächen sollen tageszeitabhängig geeigneten Zwecken dienen. Gemeinsam mit Unternehmen entwickeln wir Lösungen, etwa Firmentiefgaragen, Supermarktparkplätze insbesondere nachts der Nachbarschaft zur Verfügung zu stellen. Wir denken die wachsende Metropolregion mit und stimmen uns eng mit den Nachbargemeinden ab, um Pendelverkehre effizient und ortsverträglich zu organisieren und weitere Umsteigekapazitäten auf den ÖPNV (etwa durch „Park & Ride“) zu schaffen. Das Abstellen von Autos auf Gehwegen kann bei entsprechender örtlicher Notwendigkeit in enger Abstimmung mit den Bezirksausschüssen ermöglicht werden. Dabei müssen die Durchfahrt von Müllabfuhr und Einsatzfahrzeugen und eine angemessene Restgehwegbreite unter Wahrung der Barrierefreiheit gewährleistet sein.

Baustellen nutzen

Wir priorisieren eine vorausschauende und optimierte Baustellenplanung, sodass wir ohnehin anstehende Infrastrukturmaßnahmen nutzen können, um den bestehenden Zustand etwa mit Blick auf die Straßenraumaufteilung und das Sicherheitsniveau zu überprüfen. Wir verbessern den öffentlichen Raum diesbezüglich und gestalten ihn hin zu mehr Aufenthaltsqualität, statt standardmäßig den vorherigen Zustand wiederherzustellen. Baustellen stehen für wichtige Investitionen in Neubau oder Erhalt von Verkehrsinfrastruktur, sind aber gleichzeitig Belastungen. Sie müssen kurz und effizient sein, zudem braucht es eine gute Baustellenkommunikation (bessere Ausschilderung, QR-Codes, Wegweiser etc.) und gegebenenfalls Unterstützung für den betroffenen Einzelhandel. Dafür richten wir einen Baustellenfonds ein.

Wirtschaftsverkehr

Eine erfolgreiche Wirtschaft braucht verlässliche und funktionierende Rahmenbedingungen auch bei der Mobilität. Für den Handwerks- und Lieferverkehr weisen wir mehr gut markierte und mit den Beteiligten vor Ort abgestimmte Lade- und Lieferzonen aus. Wir fördern die Fahrradlogistik auf der letzten Meile, insbesondere im Innenstadtbereich, sowie Sharing Modelle und zentrale Umladeorte (sog. Mobilitätshubs). Wir streben eine weitergehende Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene an. Wir schaffen, anknüpfend an die bisherigen Ausbauziele, die Voraussetzungen für mehr und schnellere E-Lademöglichkeiten auch für den Wirtschaftsverkehr.

Innovation

Wir nutzen den großen Ideenreichtum in Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft, wo die Zukunft der Mobilität erforscht und neue Konzepte entwickelt werden – gerade in München

mit den starken Hochschulen und der dynamischen Startup-Szene. Mit Pilotprojekten erproben wir schnell und unbürokratisch Neues und unterstützen zugleich Forschung und junge Unternehmen. So bringen wir smarte, umweltfreundliche Mobilitätskonzepte und Optimierung durch Digitalisierung voran. Pilotprojekte, die sich bewährt haben, setzen wir stadtweit um und schöpfen Synergien aus der IBA. Wir wollen in München autonomes Fahren weiter voranbringen, unterstützen den MZM-Projektansatz zur Automatisierung und Vernetzung der Verkehre beim ÖPNV und im Güterverkehr und machen München zur Modellregion für autonomes Fahren.

V. Soziales

Sozialen Zusammenhalt stärken und Chancen eröffnen

Gemeinsam gestalten wir eine Sozialpolitik, die einen starken Zusammenhalt in München sichert. Wir unterstützen diejenigen, die Hilfe benötigen und schaffen – im Rahmen der kommunalpolitischen Möglichkeiten – die Voraussetzungen dafür, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft mit gerechten Chancen ins Leben starten. Menschen sollen in jeder Lebensphase einen Ausweg aus Armut und dauerhaftem Unterstützungsbedarf finden können. Wir stehen für eine Sozialpolitik, die Ressourcen zielgenau einsetzt, Hilfe zur Selbsthilfe leistet und Menschen zu einem selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Leben befähigt. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir soziale Leistungen noch stärker auf ihre Wirksamkeit prüfen und dabei die Perspektive der Menschen mit Unterstützungsbedarf immer prioritär im Blick haben. Die Münchner Soziallandschaft wird auch künftig in einem Dialog auf Augenhöhe zwischen Sozialreferat, freier Wohlfahrt, den sozialen Trägern und Unternehmen sowie der Politik gestaltet. Nur zusammen können wir die Herausforderungen dieser Zeit meistern.

Zukunftsfähige Finanzierung

Der Zukunftssicherungsprozess wird mit dem Ziel fortgeführt, das nach der aktuellen Konsolidierung zur Verfügung stehende Budget dauerhaft so einzusetzen, dass die sozialen Träger in München für die Menschen auch künftig bedarfsgerecht die notwendigen Leistungen anbieten können. Im zweiten Halbjahr 2026 ist mit umfassenden Vorschlägen der Verwaltung zu rechnen. Danach wird bis Jahresende ein politischer Diskussionsprozess geführt. Die Umsetzung erfolgt stufenweise ab 2027, zu einem Großteil aber erst ab 2028, um den Trägern für die Umgestaltungsprozesse genügend Zeit zu ermöglichen. Im Zielbild sind alle Stadtbezirke auch künftig mit der notwendigen sozialen Infrastruktur ausgestattet. Auch in Neubaugebieten

entstehen benötigte soziale Einrichtungen. Im besten Fall gelingt es, das Angebot so zu überarbeiten, dass auf Bedarfe der Bevölkerung, die sich in den letzten Jahren verändert haben, künftig noch besser reagiert werden kann.

Zugänglichkeit von Angeboten

Wir wollen die Anlaufstellen für Menschen mit sozialem Unterstützungsbedarf bündeln. Wer Unterstützung benötigt, soll die zuständige Stelle einfach finden und dort möglichst alle notwendigen Leistungen aus einer Hand erhalten. Schwierige Schnittstellen zwischen Behörden und Ämtern und unnötige Doppelstrukturen sollen zuerst aus der Kundenperspektive überbrückt werden, und im Zuge der Sozialstaatsreform auch so weit wie möglich strukturell aufgelöst werden. Die Sozialbürgerhäuser (SBH) bleiben der wohnortnahe Ankerpunkt für Menschen in sozialen Notlagen, dürfen sich aber bei Vorliegen der räumlichen Voraussetzungen auch für andere städtische Angebote und Nutzungen öffnen. Die Leistungsfähigkeit der SBH muss auch in einer Zeit, in der die Stadt Personal reduziert, zu jeder Zeit gegeben sein. Möglichst viele Leistungen sollen künftig digital – über ein Benutzerkonto für alle städtischen Leistungen – beantragt werden können. Gleichzeitig wird bei Bedarf immer auch ein persönlicher Zugangsweg offenstehen.

Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Wir stehen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der Fortschreibung der Aktionspläne. Behindertenbeirat und Behindertenbeauftragte müssen weiterhin nach dem Grundsatz „Nicht über uns ohne uns“ gehört und zu Rate gezogen werden.

Kinder- und Jugendpolitik

Wir wollen Kindern und Jugendlichen beste Zukunftschancen eröffnen. Dazu gehört ein umfangreiches Bildungs-, Sport- und Freizeitprogramm, eine frühzeitige Integration und Inklusion sowie die Ermöglichung einer gelingenden Persönlichkeitsentwicklung. Frühe gesellschaftliche und politische Teilhabe sind für uns essenziell. Dazu wollen wir beispielsweise einen digitalen Wegweiser entwickeln, der Jugendliche zu realen Treffpunkten und Angeboten führt.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit und ein vielfältiges, leicht zugängliches Raumangebot für Kinder und Jugendliche werden im Rahmen eines strukturierten Gesamtkonzepts miteinander weiterentwickelt. Diese wird mit dem Ausbau des Ganztags so abgestimmt, dass Doppelstrukturen möglichst vermieden werden, gleichzeitig aber Räume jenseits der Schule erhalten bleiben.

Gezielte Unterstützung für Menschen in herausfordernden Lebenssituationen

Die Hälfte der Menschen in München lebt allein. Durch alle Altersklassen zieht sich in unserer digitalisierten Zeit eine zunehmende Vereinsamung. Nicht wenige Menschen leben isoliert und verfügen über nur wenige oder keine persönlichen Beziehungen. Dem wollen wir durch ein breites Angebot und gezielte Weiterbildung der im Sozialbereich Tätigen entgegenwirken.

Alleinerziehende haben es angesichts der hohen Mietbelastung, die durch nur eine erwachsene Person zu schultern ist, und der großen Belastung, die alleinige elterliche Sorge im Alltag bedeutet, besonders schwer. Sie sind zudem weit häufiger von Armut betroffen. Ihre Belange von der Kinderbetreuung bis hin zur Wohnsituation haben hohe sozialpolitische Priorität.

Wohnungslosigkeit abzubauen und wohnungs- sowie obdachlose Menschen zu unterstützen, gehört auch weiterhin zu den drängendsten sozialpolitischen Aufgaben. Die Stadt wird hier auch künftig gemeinsam mit den Trägern der Wohnungslosenhilfe ein dichtes Netz spannen, um Auswege aus der Wohnungslosigkeit zu ermöglichen und eine Zunahme der Obdachlosigkeit zu vermeiden.

Seniorinnen und Senioren

In den kommenden Jahren werden viele Menschen in Rente gehen, für die es mit dem Renteneintritt sehr schwer wird, Miete und Lebenshaltungskosten aus ihren Alterseinkünften zu bestreiten. Um zu vermeiden, dass diese Menschen wegziehen müssen oder in Armut leben, ist die Sicherung und Weiterentwicklung der Alten- und Service-Zentren, der Seniorentreffs, der Beratungsstellen und des dort vorhandenen Angebots (u.a. mit der stadtweiten Etablierung hauswirtschaftlicher Hilfen) eines der wesentlichen Ziele dieser Koalition. Es sollen unterschiedlich konzipierte neue Wohnangebote für ältere Menschen entstehen und schon laufende Planungen mit Nachdruck fortgeführt werden. Bis ins hohe Alter selbstbestimmt ein gutes und bezahlbares Leben zu ermöglichen, ist eine Kernaufgabe unserer Stadt.

Der Seniorenbeirat soll künftig im Direktorium angebunden werden, um seiner Querschnittsaufgabe noch besser gerecht werden zu können.

VI. Umwelt und Klimaschutz

Wir stehen zu den Pariser Klimazielen und halten Kurs für ein klimaneutrales und resilientes München mit einer zielgerichteten und sozial gerechten Transformation. Auch künftige Generationen von Münchnerinnen und Münchnern sollen sich in Freiheit entfalten können. Dafür

müssen Klimaschutz, Klimaanpassung, soziale Verträglichkeit, Artenschutz, Ressourcenschonung und Versorgungssicherheit gemeinsam gedacht werden.

Wärmewende und Photovoltaik-Ausbau

Wir setzen den Wärmeplan und die Dekarbonisierung der Fernwärme in die Tat um. Mit dem Umstieg auf Geothermie sinken die Preise. Für die Zeiten des Umstiegs führen wir einen Städtevergleich ein. Dafür unterstützen wir die Stadtwerke München (SWM) bei der Standortsuche für weitere Geothermie-Anlagen im und außerhalb des Stadtgebiets und beschleunigen Prozesse in Anlehnung an die Bundesgesetzgebung. Ebenso wollen wir die Fernwärme-Anschlussrate ohne Anschlusszwang im Bestand erhöhen. Im Rahmen der Wärmeplanung können auch in Zukunft weitere klimafreundliche Erzeugungsarten erschlossen werden. Wir wollen städtische Liegenschaften als Energiezentralen für Nahwärmenetze nutzen. Die SWM und andere geeignete Betreiber*innen werden wir bei der Suche nach Brunnenstandorten unterstützen.

Wir setzen das Förderprogramm Klimaneutrale Gebäude (FKG) fort und entwickeln es nach Effizienzkriterien weiter, um ein Maximum an CO₂-Einsparungen zu erwirken und Mitnahmeeffekte zu minimieren. Außerdem erhöhen wir die Reichweite der städtischen Informationskampagne zur Wärmeplanung, insbesondere mit dem ganzheitlichen Quartiersansatz zur energetischen Sanierung, Begrünung, Wohnraumverdichtung und Mobilität.

Der Masterplan Solares München bleibt Leitlinie für den PV-Ausbau in München. Die solare Flächennutzung (Dächer und Fassaden) wird bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Klimaanpassung (Begrünung) maximiert. Die Landeshauptstadt treibt den PV-Ausbau auf eigenen Gebäuden, mit Energiepartnerschaften und durch niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten wie Balkonkraftwerke weiter voran. Klimaneutralem Wasserstoff für die industrielle Produktion und Windkraftprojekten in Umlandgemeinden stehen wir offen gegenüber.

Klimaanpassung, Baumschutz und öffentlicher Raum

Den Beschluss „Klimaresilientes München 2050“ setzen wir um. Bäume sind das wirksamste Mittel gegen Hitze in der Stadt. Deshalb führen wir das städtische Baumpflanzprogramm fort, erhalten den Baumbestand und priorisieren Neupflanzungen in stark verdichteten Hitzeinseln. Die Stadt unterstützt private Initiativen zur Entsiegelung.

Bei der Planung neuer Plätze und Straßenräume achten wir auf ausreichend Grün, Schatten, Kühlung, Versickerung und Aufenthaltsqualität. Bei Wiederherstellungsmaßnahmen des öffentlichen Raums pflanzen wir möglichst viele Bäume und orientieren uns zudem am Schwammstadt-Prinzip, auch um besser auf Starkregenereignisse vorbereitet zu sein. Das Münchner Trinkbrunnen-Netz wird weiter ausgebaut. Zur Abkühlung schaffen wir zusätzliche Möglichkeiten erlebbaren Wassers. Die Versorgung Münchens mit frischer und kühler Luft aus dem Umland über Frisch- und Kaltluftschneisen wird bei der Stadtplanung ständig mitgedacht und mit dem Umland auf Augenhöhe abgestimmt.

Natur, Biodiversität und Schutzgebiete

Münchens Naturflächen sollen ihren einzigartigen Charakter behalten. Weitere schützenswerte Flächen und Gebiete wie den Landschaftspark West werden wir perspektivisch als Landschaftsschutzgebiete und Landschaftsbestandteile unter Schutz stellen. Dabei stimmen wir uns eng mit der Stadtplanung ab und berücksichtigen Naturschutz, Stadtentwicklung und Erholungsfunktion.

Wir führen die erfolgreiche Arbeit der Biodiversitätsstrategie München weiter. Biodiversitätsmonitoring, Artenhilfsprogramme sowie Maßnahmen auf stadteigenen Flächen werden fortgesetzt. Biotopvernetzung, sichere Querungen und naturnahe Flächenpflege sollen Lebensräume für Tiere und Pflanzen sichern.

Ressourcenschutz und Kreislaufwirtschaft

München ist auf dem Weg zur Zero-Waste-City, denn der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht. Durch die Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsstrategie vermeiden wir Müll und setzen auf zirkuläres Bauen. Wir prüfen die perspektivische Weiterentwicklung der Gelben Tonne zu einer Wertstofftonne sowie bessere Lösungen für Elektroschrott.

Wasser, Ernährung und regionale Wertschöpfung

Unser Trinkwasser ist eines unserer kostbarsten Güter. Wir stellen die Wasserversorgung für die Zukunft sicher, indem wir die Zusammenarbeit mit den Kommunen in den Gewinnungsgebieten weiter intensivieren und ausbauen. Durch den Aufbau bio-regionaler Wertschöpfungsketten zusammen mit dem Umland, wie z. B. der Ökomodellregion mit Fürstenfeldbruck, wird München

resilienter und die Wertschöpfung bleibt in der Region. In städtischen Kantinen und auf städtischen Festen bauen wir den bio-regionalen Anteil weiter aus – achten dabei auf Bezahlbarkeit – und vermeiden Lebensmittelverschwendung.

Tierschutz

Im Sinne des Tier- und Umweltschutzes setzen wir uns in besonders sensiblen Gebieten für ein lärmreduziertes Silvester ein. Zur tierfreundlichen Reduktion des Taubenbestands setzen wir weiter auf Taubenmanagement mit Taubenhäusern und Eiertausch. Wir führen die gute Zusammenarbeit mit dem Tierheim fort.

Nachhaltige Entwicklung

München stärkt die nachhaltige Entwicklung. Kommunales Handeln wird mit den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) abgeglichen, wie es im städtischen Haushalt bereits umgesetzt wird. Die Perspektive München dient als strategisches Dach für die Stadtverwaltung.

VII. Bürger*innenbeteiligung, Verwaltungsmodernisierung, Digitalisierung

Bürger*innenbeteiligung und Partizipation wirksamer machen

Ob klassische Bürgerversammlungen, Onlinebeteiligung auf unser.muenchen.de, „Mach München Besser!“ oder das MünchenBudget: Beteiligungsprozesse sollen noch besser auffindbar und leichter nutzbar sein. Auch für ihre Ergebnisse und die weitere Umsetzung von Seiten der Stadt schaffen wir mehr Transparenz und Sichtbarkeit. Beteiligung muss dem Grundsatz folgen, dass klar zwischen Informieren und Beteiligen differenziert wird und Angebote niedrigschwellig genutzt werden können.

Damit sich möglichst viele Menschen beteiligen können, bündeln wir die bestehenden Beteiligungsformate übersichtlich auf einer barrierefreien Plattform und visualisieren die aktuellen Informations- und Beteiligungsprojekte anhand einer Karte. Wir prüfen eine stärkere Einbindung der Fachstelle für Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation.

Die Bürgerversammlungen wollen wir zeitgemäßer gestalten. Dafür verbessern wir die Teilnahme- und Beteiligungsmöglichkeiten, prüfen die Umsetzbarkeit von digitalen Veranstaltungen und sorgen für mehr Transparenz und eine bessere Nachverfolgbarkeit von Anträgen und Entscheidungen. Die Bezirksausschüsse wollen wir stärken und ihre Arbeit sichtbarer machen.

Das Münchner Kinder- und Jugendrathaus wird fortgeführt. Es zeigt vorbildhaft, wie aus den Anliegen und Ideen von Kindern und Jugendlichen Politik entstehen kann. Die Kinder- und Jugendpartizipation werden wir in Rücksprache mit den bestehenden Strukturen weiter stärken.

Verwaltungsmodernisierung weiter vorantreiben

Eine starke Stadt braucht eine starke Verwaltung. Die städtischen Beschäftigten haben mit ihrem Einsatz, gerade auch in den vielen Krisensituationen der letzten Jahre, eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie im Dienste der Münchner*innen Verantwortung übernehmen und sich flexibel auf neue Lagen einstellen.

Die Stadtverwaltung steht vor großen Herausforderungen: Der Umgang mit der demographischen Entwicklung, der härtere Wettbewerb um Fachkräfte, der technologische Wandel und der notwendige Bürokratieabbau sowie die Anforderungen an eine effiziente, serviceorientierte und ressourcenschonende digitale Verwaltung.

Wir machen die Verwaltung fit für diese Herausforderungen:

Wir verbessern die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Referaten und städtischen Stellen mit standardisierten Kommunikations- und Datenschnittstellen und reduzieren so die Verwaltungskontakte für Bürger*innen und Unternehmen („One-Stop-Shops“). Die E-Akte treiben wir weiter voran. Zur Koordination des Verwaltungshandelns zu den vom Oberbürgermeister priorisierten politischen Projekten und Angelegenheiten, sowie der stärkeren Vernetzung der Referate, wird eine unterstützende Struktur im Direktorium sichergestellt.

Die Devise „Weniger Bürokratie – mehr Vertrauen“ vereinfacht Verwaltungsprozesse, z. B. durch Eigenerklärungen statt aufwändiger Nachweise, Abschaffung von Doppelstrukturen, reduzierten Anforderungen bei Folgeanträgen, automatisierter Anspruchsermittlung und proaktive Bürger*innenservices durch automatisierte Hinweise und Erinnerungen. Mehr Handlungsspielräume für Sachbearbeiter*innen und das Nutzen von Experimentierklauseln sorgen für pragmatische Lösungen im Alltag.

Um den Service für die Bürger*innen und Unternehmen stetig zu verbessern, stellen wir ein Referat mit einem starken Mandat für den stadtweiten Bürokratieabbau aus. Die Federführung liegt beim Oberbürgermeister. Über einen „Bürokratie-Monster“-Wettbewerb sollen Bürger*innen, Unternehmen und auch Mitarbeitende der Verwaltung hohe bürokratische Hürden bei Bedarf auch anonym melden können.

Die Landeshauptstadt München nimmt als Arbeitgeberin eine Vorbildrolle ein und sorgt für optimale Arbeitsbedingungen für ihre Beschäftigten. Wir legen einen Fokus auf ein aktives Wissensmanagement und fördern attraktive Aus- und Weiterbildungsangebote sowie eine Personalstrategie mit modernen Beschäftigungsformen. Es soll zur Entlastung der Mitarbeitenden die Aufgabenübertragung auf Beliehene ermöglicht werden.

In Neubaugebieten bündeln wir städtische Angebote in Stadtteilzentren und prüfen, ob sich dieser konzeptionelle Ansatz auch in bestehenden Stadtvierteln umsetzen lässt.

Zentralisierung des Beteiligungsmanagements

Geprüft wird, das Beteiligungsmanagement im DIR zu zentralisieren um eine größere Expertise in der Mandatsbetreuung aufzubauen, was eine substanziellere Kontrolle und somit eine echte Steuerung durch die Landeshauptstadt München ermöglichen würde. Zudem könnten so auch die wirtschaftlichen Konsequenzen für den Gesamthaushalt wieder stärker in den Blick genommen werden. Die Zusammenführung von Informationen, die Schaffung transparenter Prozesse sowie die Verschlinkung und Professionalisierung der Beteiligungsverwaltung bieten die Möglichkeit einer verbesserten strategischen Steuerungsfähigkeit des komplexen „Stadtkonzerns“ LHM. Stadtrat, Stadtverwaltung, Mandatsträger*innen und auch die Beteiligten können hiervon profitieren.

Zentraler Finanzüberblick in der SKA mittels Fördermittelsoftware

Die Landeshauptstadt München führt unter fachlicher Federführung der SKA unterstützt durch das RIT bzw. it@M eine zentrale Fördermittelsoftware zur effizienten Erfassung und Steuerung aller Zuschüsse ein. Bisherige referatsspezifische Lösungen sollen damit durch Vereinheitlichung, auch im Bereich der Richtlinien, ersetzt werden. Ziel ist ein transparentes, referatsübergreifendes Fördermittelmanagement mit einem gesamtstädtischen Überblick.

Digitalisierung, die den Alltag erleichtert

Wir digitalisieren München offen, transparent und vertrauensbildend und binden Bürger*innen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft fest in städtische Digitalvorhaben ein. In regelmäßigen hybriden Foren mit Live-Übertragung macht das Digitalreferat laufende Projekte transparent und nimmt Rückfragen auf. Open Source ist Normalfall in der Beschaffung und Entwicklung. Eigenentwicklungen der Stadt veröffentlichen wir quelloffen („Public money, public code“). Neue Dienste werden vor dem Roll-out in einer offenen Public-Beta pilotiert. Für alle städtischen Identitäts- und Nachweissysteme gelten Privacy by Design und Datensparsamkeit nach dem Self-Sovereign-Identity-Prinzip mit maximaler Datenkontrolle bei den Nutzer*innen

und minimaler Datenhaltung bei der Stadt. In Kernverwaltung und Bildungs-IT folgen wir dem Prinzip der digitalen Souveränität. Abhängigkeiten von einzelnen Software-Herstellern und Consulting-Agenturen bauen wir schrittweise ab zugunsten bewährter freier und offener Software, offener Standards, offener Schnittstellen sowie Kooperationen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene nach dem EfA-Prinzip („Einer-für-Alle“).

Wir werden die Digitalisierung der Verwaltung intensivieren und beschleunigen, um Kosten zu senken, Mitarbeitende zu entlasten und die Servicequalität für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Um hier schneller Ergebnisse zu erzielen und stadtweite Standards zu etablieren, werden wir die Rolle des IT-Referats stärken und ihm die Verantwortung für das stadtweite Digitalisierungsmanagement übertragen. Im Zuge dessen nennen wir das IT-Referat möglichst kostenneutral in Digitalreferat um.

Alle verfügbaren Onlineservices der Landeshauptstadt München werden schrittweise überführt in eine zentrale digitale Serviceplattform, nach Möglichkeit auf Grundlage einer App des Bundes oder des Landes. Dort finden Bürger*innen und Unternehmen auf einen Blick eine Übersicht über ihre laufenden Verfahren, Bescheide, Zahlungen, Fristen und Benachrichtigungen. Dieses vollständig digitale Bürgerbüro nutzt medienbruchfreie Ende-zu-Ende-Prozesse, verwendet die EUDI-Wallet/ Bund-ID als digitale Identität und folgt dem Once-Only-Prinzip bei der Datenerhebung.

Die Landeshauptstadt München setzt Künstliche Intelligenz dort ein, wo sie den Alltag der Menschen verbessert und die Stadt(-verwaltung) leistungsfähiger macht – finale Entscheidungen verbleiben bei den Mitarbeitenden. Wir stellen sicher, dass Datenschutz, Transparenz und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben und mögliche Risiken verantwortungsvoll begrenzt werden.

Wir fördern die digitale Teilhabe aller Münchner*innen, insbesondere benachteiligter Gruppen. Wir verhindern und bekämpfen Gewalt im digitalen Raum, insbesondere gegen Frauen und Mädchen, und verstetigen das Netzwerk gegen digitale Gewalt. Unser Ziel ist digitale Barrierefreiheit, der Erhalt von analogen Zugängen zur Verwaltung für alle sowie Angebote (auch freie) zur Verringerung des digital gaps. Die Förderung von finanzschwachen Haushalten in der Bildungs-IT wollen wir beibehalten. Wir streben eine effiziente Ausstattung der städtischen Bildungseinrichtungen auf hohem Niveau an. Zur Entlastung der Mitarbeitenden im Sozialbereich digitalisieren und vereinfachen wir dort gezielt besonders arbeitsaufwendige Prozesse (Digitalisierungsprogramm).

München ist Smart City Nr. 1 in Deutschland. Dafür sorgen wir mit einer starken IT- und Kommunikationsinfrastruktur in öffentlicher Hand. Wir unterstützen beim Glasfaserausbau, Digitalisierung und Bürokratieabbau für Unternehmen, der Verstetigung des digitalen Zwillings und effizienter Ressourcennutzung durch Green-IT-Projekte im eigenen Rechenzentrum. Dazu zählt insbesondere der Glasfaserausbau für München sowie der weitere 5G-Ausbau. Vorhandene Daten nutzen wir gezielt für Verkehrssteuerung, Baustellenkoordination, Infrastrukturplanung und Stadtentwicklung. Mobilitätsdaten städtischer Anbieter und Konzessionsnehmer werden städtischen Stellen über standardisierte Schnittstellen für bessere Mobilitätsangebote und innovative Anwendungen zugänglich gemacht.

Um Digitalisierung bestmöglich zur Entlastung der städtischen Beschäftigten und des städtischen Haushalts einsetzen zu können, priorisieren wir Projekte nach Ressourceneinsparungen und machen Digitalisierungsdividenden gezielt wieder für neue Projekte verfügbar. Wir prüfen die Möglichkeiten der Erzielung von IT-Kosteneinsparungen, auch durch Überprüfung von Lizenzkosten und Realisierung gemeinsamer Einkaufskonditionen mit städtischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und überregionalen Verbänden.

VIII. Arbeit, Wirtschaft & Daseinsvorsorge, Europa und Internationales

München als attraktiven Wirtschaftsstandort weiter stärken

München ist eine der wirtschaftlich stärksten, lebenswertesten und zugleich dynamischsten Städte Europas. Unsere Koalition stellt sich den großen Herausforderungen und Krisen unserer Zeit und wird München als zentralen und erfolgreichen Wirtschaftsstandort, mit guter Beschäftigung, hoher Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit stärken. Die „Münchner Mischung“ aus internationalen Großunternehmen, Industriebetrieben, Handwerk, produzierendem Gewerbe, Mittelstand, freien Berufen, Sozialunternehmen, Soloselbständigen bis hin zu Startups und Kreativwirtschaft ist entscheidend für diese Stärke.

Wir stärken diese „Münchner Mischung“ aktiv, u.a. mit der Weiterführung des Gewerbehofprogramms, wir unterstützen Unternehmen bei der Suche nach Räumen, besonders im Blick haben wir den inhabergeführten Einzelhandel, sowie zusätzliche Flächen für Handwerk und Gewerbe. Bei der Transformation unterstützen wir insbesondere produzierendes Gewerbe, kleinere Unternehmen und das Handwerk mit einer Transformationsagentur, angesiedelt im RAW. Dort werden alle notwendigen Kompetenzen gebündelt und Unternehmen erhalten mit ihren Fragen Beratung und individuelle Förderung. Wir stärken Neugründungen bei allen

Entwicklungsphasen (Seed/Growth) durch ein „StartAmt“ als zentrale Anlaufstelle. Wir fördern Innovationen, u.a. mit Innovationspartnerschaften zwischen den Hochschulen und Startups. Die Plattform „Munich Startup“ wollen wir gezielt ausbauen und stärker international ausrichten.

Wir setzen uns für eine lebendige Innenstadt ein, in der wir alle Zielgruppen im Blick haben und wo wir im Sinne einer nachhaltigen Weiterentwicklung die öffentlichen Räume an den Klimawandel anpassen.

Wir wollen auch Standorte für Produktion und Industriearbeitsplätze erhalten, auch, wenn damit Belastungen, insbesondere Lärm, verbunden sind. Diese Standorte geraten immer mehr unter Druck, deshalb wollen wir eine neue Planungskategorie GE Lärm einführen.

Wir unterstützen Münchens Wirtschaft bei der Gewinnung von Fachkräften und entwickeln dazu auch das „Welcome Center“ nach den Bedarfen der Unternehmen und der künftigen Beschäftigten weiter.

Politik für gute Arbeitsbedingungen und hohe Produktivität

Münchens wirtschaftliche Stärke gründet nicht zuletzt darauf, dass Beschäftigte in unserer Stadt optimale und faire Arbeitsbedingungen vorfinden. Wir wollen, dass wirtschaftlicher Erfolg und wirtschaftliches Wachstum allen Münchner*innen zugutekommen. Beschäftigte in München müssen sich diese Stadt auch leisten können. Daher wird der Münchner Mindestlohn neu berechnet und nach Londoner Vorbild als Living Wage sichtbar in der Stadt: Es gibt eine Kampagne, die darüber informiert, wieviel man in München verdienen müsste, um armutsfest leben zu können. Wir setzen dabei auf Freiwilligkeit und Kooperation mit der Münchner Wirtschaft, dem Handwerk und allen Formen von Produktion, Dienstleistungen und Gewerbe.

Wir wünschen uns von den in München tätigen Unternehmen ein klares Bekenntnis zu Diversität und Gleichstellung.

Gemeinsam mit der Handwerkskammer, der IHK, den Gewerkschaften, den Arbeitgebern, den Berufsschulen und weiteren Akteuren wollen wir die berufliche Bildung stärken. Um Menschen für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren, verstetigen wir das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ).

In einem knappen Jahr wird der Ladenschluss evaluiert. Als attraktive Stadt werden wir, unter Berücksichtigung der Evaluationsergebnisse, zulässigen Spielraum im Ladenschlussrecht nutzen.

Unsere Politik für Daseinsvorsorge

Wir sichern zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge in diesen Zeiten in öffentlicher Hand und mit höchster Qualität – für die Menschen in unserer Stadt. Zentral sind für uns in der Daseinsvorsorge drei Punkte: hohe Qualität für die Münchner*innen, bezahlbare Leistungen und gute Arbeit für die Beschäftigten.

Tourismus, Volksfeste und Messewesen

Wir stärken den München Tourismus als wesentlichen Wirtschaftsfaktor. Wir unterstützen private Bemühungen für ein Kongresszentrum. Mit einer verlässlichen und moderaten Gebührensatzung für Außengastronomie sorgen wir für Planungssicherheit, Investitionen und Arbeitsplätze für die Münchner Gastronomie.

Unsere Veranstaltungen, insbesondere das Oktoberfest und die Dulten sind weltweit ein wesentlicher Imageträger und generieren einen erheblichen wirtschaftlichen Mehrwert für München. Die Wiesn muss ihren Charakter als münchenerisch-bayerisches Traditionsvolksfest behalten. Dort soll nur Münchner Bier ausgeschenkt werden, wobei wir offen sind für weitere Münchner Brauereien. Unsere Wiesn ist die perfekte Kombination aus Tradition und Moderne, deshalb wollen wir sie nachhaltig weiterentwickeln. Alle sollen sich auf den Münchner Festen wohlfühlen.

Wir stärken München als Messestandort. Die Messe München wird als zentraler Akteur der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts konsequent weiterentwickelt. Unser Ziel ist es, die Messe als Plattform für Innovation, Export und Vernetzung, als Aushängeschild für heimische Technologien und Produkte, als Brücke in internationale Märkte und als Impulsgeber für Zukunftsthemen und Schlüsselindustrien zu stärken.

Die Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) ist für München zu einem bedeutenden Schaufenster für Innovation und moderne Mobilität geworden und soll auch nach 2031 in der Stadt verbleiben.

Europa und Internationales

Wir fördern und entwickeln die europäische und internationale Zusammenarbeit mit europäischen/internationalen Netzwerken wie z. B. Eurocities. Wir richten unsere Städtepartnerschaften stärker auf nachhaltige Kriterien und Projekte aus und fördern die Zusammenarbeit mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Wir nutzen die Chancen der EU-Förderungen noch besser, um weiterhin stadtweit europäische und internationale Projekte umzusetzen. Mit dem „Europa-Mai“, „Europe Direct München“, der künftigen Ausstellung

„Erlebnis Europa“ im Rathaus machen wir Europa für die Bürger*innen und die Zivilgesellschaft in München erlebbar.

IX. Bildung

Bildung prägt Lebenswege und entscheidet maßgeblich darüber, ob Kinder und Jugendliche ihre Potenziale voll entfalten können. Gerade deshalb engagiert sich die Stadt besonders stark in der frühkindlichen Bildung und an Schulen. Wir wollen, dass alle, unabhängig von ihrer Herkunft, die gleichen Möglichkeiten haben, ihr Potenzial zu entfalten.

Bildungsstadt München

Die Stadt München steht für den Erhalt und die Qualität des kommunalen Schulwesens. Zudem wollen wir die städtischen Schulen in ihrer Eigenständigkeit und Autonomie stärken.

Die Münchner Schul- und Kitabauoffensive wird bedarfsgerecht an der Demographie ausgerichtet umgesetzt. Dabei werden unter anderem die Ergebnisse des Interfraktionellen Arbeitskreises konsequent angewendet und kontinuierlich fortgesetzt, um bei hoher Qualität günstiger und weiterhin wirtschaftlich zu bauen. Hitzeschutz und naturnahe Pausenhofgestaltung werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten nachgerüstet.

Wir bekennen uns zur Öffnung der Schulen, Pausenhöfe und Schulsportflächen für Mehrfachnutzungen und wollen das digitale Belegungsmanagement weiter ausbauen.

Bildung zukunftsfest aufstellen

Auch in finanziell herausfordernden Zeiten bleiben die Kita-Gebühren in München bezahlbar und sozial gerecht gestaffelt. Wir wollen in einzelnen Kitas eine Kinderbetreuung auch in Randzeiten ermöglichen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Eine gesunde, schmackhafte und frische Kita- und Schulverpflegung ist uns wichtig. Auch in Schulen und Kitas wollen wir gesunde und ökologische Ernährung weiterhin fördern. Die Verpflegungskosten sollen weiterhin sozial verträglich gestaltet werden.

Der Ausbau des Kooperativen Ganztags sowie der OGTS+ für Förderzentren/Förderschulen wird mit Fokus auf die Sozialraumverzahnung weiter vorangetrieben bzw. eingeführt.

Kinder und Jugendliche mit Sprach- oder Integrationsbedarfen sowie in psychischen Ausnahmesituationen wollen wir in der vorschulischen Bildung und im schulischen Alltag so frühzeitig wie möglich mit dem Ziel unterstützen und fördern, dass alle mit denselben Chancen in Grundschulen, weiterführende Schulen, Ausbildung und Beruf starten können.

Wir bekennen uns zum kostenneutralen Ausbau der Startklassen auch an weiterführenden Schulen.

Innovative Module des Münchner Modellschulkonzepts werden weiterhin an städt. Schulen im Einklang mit der Schulfamilie implementiert. Das Stufenkonzept Inklusion soll wie geplant umgesetzt werden. Wenn finanziell möglich, soll eine städtische Schule zur Inklusionsschule weiterentwickelt werden.

Um digitale Bildung zu ermöglichen, finanzieren und sichern wir an allen Schulen ausreichend Bandbreite über WLAN. Eine gute und zuverlässige Schul-IT entlastet die Lehrkräfte und bietet mehr Möglichkeiten in der Wissens- und Kompetenzvermittlung.

Wir stärken die Mitbestimmung durch Schüler*innen.

Die Bedarfsorientierte Budgetierung an städtischen Beruflichen Schulen wird verstetigt. In herausfordernden Zeiten für Jugendliche stärken wir die Fortbildungs- und Trainingsangebote an Schulen.

Die modularen Weiter- und Erwachsenenbildungsmöglichkeiten bei der MVHS sind eine wichtige Stütze für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Sie sind ein Anker, um die Demokratie zu stärken und um Bildungsarmut und Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Als Kommune wollen wir die Mittel ausschöpfen, die die Bundesregierung dafür bereitstellt.

X. Sport

Olympia als Chance für die Stadt

Die Münchnerinnen und Münchner haben sich in einem historischen Bürgerentscheid mit einer klaren Mehrheit dafür entschieden, dass sich München um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele für die Jahre 2036, 2040 oder 2044 bewirbt. Diesem Anspruch wollen wir als Sportstadt gerecht werden und Spiele gestalten, die Münchens Infrastruktur im Wohnen und Verkehr langfristig nach vorne bringen.

München hat das olympische Erbe von 1972 wie keine andere Ausrichterstadt bewahrt und in die Zukunft geführt. Mit dem weltweit einzigartigen Olympiapark und einem kompakten Konzept mit kurzen Wegen besticht Münchens Bewerbung mit dem Faktor Nachhaltigkeit. 90 Prozent aller Sportstätten liegen im Radius von 30 km um das Olympische Dorf und sind innerhalb von weniger

als 30 Minuten Anreisezeit erreichbar. Nahezu die Hälfte aller Sportarten würden auf einem Areal von gut zwei km Länge ausgetragen, nämlich im weltweit einzigen Olympiapark dieser Art.

Ähnlich wie von den Olympischen Spielen 1972 erwarten wir uns von neuen Olympischen und Paralympischen Sommerspielen einen deutlichen Schub für die Stadtplanung, den Wohnungsbau, die Verkehrsinfrastruktur sowie die grüne und blaue Infrastruktur. München verfügt wie kaum eine andere Bewerberstadt über umfassende Erfahrungen bei der Ausrichtung von internationalen Sportgroßereignissen.

Das alles macht München zur aussichtsreichsten deutschen Bewerbung: Olympisches Erbe und Standort-Power, weltweite Strahlkraft und Rückhalt in der eigenen Bevölkerung machen München zusammen einzigartig und geben Deutschland die größte Chance im internationalen Wettbewerb.

Sport für alle

Sport ist mehr als nur Bewegung, sondern verbindet Menschen unabhängig von Geschlecht und Herkunft, ist gesund, ermöglicht Teilhabe und vermittelt wichtige Werte für die Gesellschaft und stärkt deren Zusammenhalt. Wir wollen, dass die Münchnerinnen und Münchner möglichst viel Sport treiben können. Die über Jahrzehnte gewachsene, vielfältige, von den Sportvereinen und -verbänden, der Stadt und anderen Sportanbietern getragene Münchner Sportlandschaft werden wir erhalten und an sich dynamisch entwickelnden Bedarfen orientieren.

Wir setzen uns für bezahlbare Sportangebote ein, für mehr Barrierefreiheit und für mehr Diversität und Geschlechtergerechtigkeit im Sport. Wir stehen für eine moderne, effiziente, an den Bedürfnissen der Sporttreibenden und der Sportvereine und -verbände orientierten Sportverwaltung. Wir führen die Münchner Sportförderung unverändert fort. Zudem soll das Münchner Sportbauprogramm bedarfsgerecht und mit zeitgemäßer Sportinfrastruktur fortgeführt werden. Gleichzeitig muss immer auch überprüft werden, wie zusätzliche Mittel von Land, Bund und Europa für den Sport ermöglicht werden.

E-Sport bereichert die Münchner Sportlandschaft. Wir erproben weitere Möglichkeiten des E-Sports.

Wir setzen uns für die Modernisierung und den ligatauglichen Ausbau des Grünwalder Stadions ein und prüfen eine Erbpachtlösung.

XI. Gesundheit und Pflege

Daseinsvorsorge als kommunaler Auftrag

Wir stehen für eine flächendeckende, hochwertige und solidarische Gesundheitsversorgung für alle Menschen in München. Die München Klinik bleibt zu 100% in städtischer Hand und ist ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Um den dauerhaften Erhalt der München Klinik zu sichern, wird der Sanierungskurs konsequent fortgesetzt. Leistungsfähigkeit, wirtschaftliche Stabilität und Weiterentwicklung sichern wir dauerhaft. Veränderungen durch die Krankenhausreform und der noch nicht verabschiedeten Notfallreform begleiten wir und stärken die Versorgung durch den Ausbau ambulanter Angebote. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte und sozial gerechte Verteilung medizinischer Angebote ein.

Wir sichern verlässliche Angebote für Schwangerschaftsabbrüche – auch in der München Klinik.

Gute Angebote für gute Gesundheit

Niedrigschwellige Angebote, wie Gesundheitstreffs – besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen – erhalten wir. Prävention, Beratung und Versorgung werden gezielt gesteuert und vor Ort koordiniert. Die Versorgungsplanung des Gesundheitsreferats soll stärker in die Planung neuer Stadtquartiere einfließen, um die Ansiedlung z. B. von Arztpraxen bedarfsgerecht zu erleichtern. Wir verbessern die Vernetzung von Krankenhäusern, Praxen und weiteren Angeboten. Wir unterstützen Kooperationen mit Praxen und medizinische Versorgungszentren zur Sicherstellung einer hochwertigen Versorgung. Psychische Gesundheit, Prävention und Suchthilfe stärken wir weiter, mit besonderem Fokus auf Kinder und Jugendliche. Die kommunalen Gesundheitsstrukturen entwickeln wir weiter, um auf zukünftige Herausforderungen und Krisen vorbereitet zu sein. Auch die Dienstleistungen von Friedhöfen und Bestattung bauen wir aus, entwickeln moderne Angebote und stärken Friedhöfe als grüne Oasen.

Starke Pflege für München

Aufbauend auf die bereits sehr gute Arbeit sichern wir weiterhin eine verlässliche und menschenwürdige Pflegeinfrastruktur und unterstützen Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und Qualifizierung. Wir führen die Münchner Pflegekonferenz und den Lenkungskreis Pflege weiter und nutzen die bestehende Pflegebedarfsplanung als Grundlage. Eine langfristig tragfähige Pflegeinfrastruktur entsteht aus einem guten Miteinander kommunaler, öffentlich-rechtlicher und privater Anbieter von Pflegedienstleistungen.

XII. Kultur

Kultur ist ein zentrales Fundament unserer Stadt: Sie vermittelt Werte, stärkt die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eröffnet Räume für Debatten. Die Attraktivität unserer Stadt wird auch durch das Angebot an Kunst und Kultur bestimmt. Wir setzen uns dafür ein, die Vielfalt des kulturellen Lebens langfristig zu sichern, die Freiheit der Kunst zu stärken und den Zugang weiter zu verbessern. Das erreichen wir zeitnah mit einem langfristigen Kulturentwicklungsplan.

Kulturförderung für die Stadt

Kulturförderung wird als langfristige Investition in die soziale, wirtschaftliche und demokratische Zukunft verstanden. Unser gemeinsames Ziel ist eine offene, vielfältige und sozial gerechte Kulturlandschaft. Kultur soll für alle zugänglich sein – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebensrealität. Dafür braucht es wohnortnahe Angebote und Räume für Begegnung, Austausch und kreative Entfaltung. Die Perspektiven einer diversen Stadtgesellschaft wollen wir im kulturellen Leben sichtbar machen.

Zugang zur Kultur für alle

Die Münchner Kulturlandschaft umfasst ein breites Spektrum. Diese Vielfalt soll als Abbild der gesamten Stadtgesellschaft gestärkt und gefördert werden. Kulturelle Teilhabe wird durch diskriminierungsfreie, digitale, inklusive und barrierefreie Angebote ausgebaut. Bibliotheken und ähnliche Einrichtungen werden als „Dritte Orte“ weiterentwickelt.

Kulturelle Infrastruktur ist ein integraler Bestandteil der Stadtentwicklung. In neuen Quartieren planen wir von Anfang an Räume für Kunst, Kultur und kulturelle Bildung ein.

Bestehende Einrichtungen werden strategisch weiterentwickelt. Mit Effizienzsteigerungen, Synergien und dem Abbau von Parallelstrukturen ermöglichen wir Spielräume, um neue Angebote zu schaffen. Die Einnahmestrategien großer Häuser werden optimiert. Dabei werden wir uns weiterhin für sozial gerechte Ticketpreise und niederschwellige Angebote einsetzen. Die Museen werden als zentrale Orte kultureller Bildung erhalten.

Freie Szene und Popkultur

Die Freie Szene spielt eine zentrale Rolle. Sie ist Innovationstreiberin, prägt das kulturelle Profil Münchens entscheidend und muss geschützt und erhalten bleiben. Die Popkultur als Impulsgeberin und Experimentierfeld wird im Rahmen des Kulturentwicklungsplans besonders betrachtet. Eine in Frage kommende leerstehende Fläche stellen wir als Club zur Verfügung.

Kulturschaffende stärken

Langfristig bezahlbare Räume für Kulturschaffende sind essenziell. Wir wollen bestehende Orte weiterentwickeln und neue Räume erschließen. Das Kreativlabor sichern wir, halten es für die Nutzenden bezahlbar und stärken dort Formen der Selbstorganisation. Wir setzen uns für einen achtsamen Umgang mit gewachsenen Strukturen ein.

Die Jutier- und Tonnenhalle im Kreativquartier wird dem Konzept entsprechend als Performing Arts Center eröffnet.

Faire Arbeitsbedingungen im Sinne von “art but fair” für Kulturschaffende sind Grundlage einer lebendigen Szene. Dazu gehören Honorarstandards, soziale Absicherung (KSK) und verlässliche Förderstrukturen. Wir unterstützen die Kulturszene im Umgang mit KI und nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung zur Vereinfachung von Strukturen und zur Archivierung von Nachlässen.

Erinnerungskultur

München trägt eine besondere historische Verantwortung angesichts der vergangenen und jüngeren Geschichte. Erinnerungskultur soll gestärkt und modernisiert werden – mit neuen Formaten, dezentralen Angeboten und stärkerer Ansprache junger Menschen. Unterschiedliche Perspektiven werden auf Augenhöhe einbezogen. Das entschiedene Eintreten gegen Antisemitismus und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bleibt zentral, ebenso die Förderung eines offenen Diskurses, der auch Spannungsfelder wie Kunstfreiheit reflektiert. Wir stärken das NS-Dokumentationszentrum in seiner Kernaufgabe als Lernort für die Vermittlung von Kenntnissen zur und Lehren aus der NS-Zeit.

Gasteig

Wie stehen zur Beschlusslage des Stadtrats, den Gasteig zu erhalten. Über die zukünftige Ausgestaltung wird auf Grundlage von Kosten, Nutzen und städtebaulicher Bedeutung entschieden.

Deutsches Theater

Das Deutsche Theater wird als wichtiger Bestandteil der Kulturlandschaft gesehen. Um seine potenzielle Eigenwirtschaftlichkeit zu gewährleisten, prüfen wir verschiedene Varianten des Weiterbetriebs, dazu gehört auch die Prüfung einer möglichen Privatisierung.

Vereinfachte Förderung für Kulturprojekte

München bleibt ein bedeutender Filmstandort – Produktion, Ausbildung und Präsentation werden wir erleichtern, sowie auch die Realisierung nicht-kommerzieller Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum.

Generell streben wir strukturelle statt Einzelprojektförderung an. Wir vereinfachen Beantragung und Abrechnung, wenn möglich digital.

XIII. Sicherheit und offene Stadtgesellschaft

München soll eine sichere, saubere und lebenswerte Stadt für alle bleiben. Dieses Ziel basiert auf dem Verständnis, dass eine moderne Sicherheitspolitik soziale Angebote mit gezielten und angemessenen bedarfsgerechten ordnungspolitischen Maßnahmen verbindet. Das leitende Prinzip ist „leben und leben lassen“.

Stadt der Vielfalt

München ist eine Stadt der Vielfalt: Hier leben Menschen mit den unterschiedlichsten Lebensentwürfen, Familien-, Religions- und Migrationsgeschichten. Am Umgang mit Minderheiten und benachteiligten Gruppen bemisst sich die Stabilität und Lebendigkeit unserer Demokratie. Für uns ist klar: Jüdisches Leben muss in München präsent, sicher und selbstverständlich sein – das werden wir schützen und stärken.

Öffentlicher Raum

Der öffentliche Raum steht allen Menschen gleichermaßen zu, weswegen er attraktiv und gerecht verteilt sein muss. Sauberkeit, Aufenthaltsqualität, subjektive Sicherheit und Nutzbarkeit werden weiter verbessert, etwa durch mehr Mülleimer, Reinigung und öffentliche Toiletten. Mit Beleuchtungskonzepten unter Berücksichtigung des Artenschutzes erhöhen wir das Sicherheitsgefühl im Straßenraum und auf Wegen durch Grünanlagen. Öffentliche Räume müssen inklusiv, möglichst frei von Konsumzwang und sicher für alle sein. Nutzungskonflikte werden nicht durch starre Regeln gelöst, sondern durch pragmatische Abwägung, Dialog und Rücksichtnahme. Hierbei setzen wir auf AKIM und in Schwerpunktgebieten auch auf den KAD. Eine anlasslose Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir ab. Die Task Force Hauptbahnhof setzen wir zur schnellen und effizienten Zusammenarbeit über Referatsgrenzen hinweg fort. Etwaigem Handlungsbedarf an anderen Orten begegnen wir mit ähnlichen Projekten.

Urbanes Leben mit Begegnung und Feiern ist ausdrücklich erwünscht, wobei Anwohnende vor Lärm und Verschmutzung geschützt werden. Präventives Konfliktmanagement und flexible

Lösungen vor Ort haben Vorrang vor pauschalen Verboten. Gehwege sollen barrierefrei genutzt werden können. Ausnahmen und pragmatische Lösungen kann es geben, wo eine ausreichende Restgehwegbreite vorhanden ist. Für funktionierende Lösungen gibt es Bestandsschutz.

Entschlossen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Wir stellen uns entschieden gegen antimuslimischen und jedweden Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und jede andere Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und stehen für ein respektvolles Miteinander und die Sichtbarkeit aller Religionen und Kulturen. Wir brauchen und stärken Projekte, die sich mit ihrem Engagement für Demokratie für unsere Stadtgesellschaft einsetzen.

Veranstaltungen

Großveranstaltungen erfordern verlässliche und jederzeit aktuelle Sicherheitskonzepte. Nichtkommerzielle Veranstaltungen sollen durch die Befreiung von Auflagen entlastet werden.

Umgang mit Suchtkrankheit

Statt verdrängender Maßnahmen setzen wir auf Hilfsangebote für Suchtkranke, wie Drogenkonsumräume und Drug Checking. Gegenüber illegalem Drogenhandel zeigen wir weiterhin null Toleranz. Alkoholverbote prüfen wir auf Wirksamkeit und Verdrängungseffekte und setzen sie notfalls maßvoll dort ein, wo sie nicht vermeidbar sind.

Katastrophen-, Zivilschutz und Sicherheitsbehörden

Wir stärken den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz und investieren weiter in eine zukunftsfähige Ausbildung für Feuerwehr, Notfallsanitäter*innen und Disponent*innen. Die wichtige Arbeit unserer Blaulichtorganisationen unterstützen wir und treten den zunehmenden Angriffen auf Einsatzkräfte entschlossen entgegen. Spontanhilfe der Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement sind weiterhin ein zentraler Baustein. Wir stärken den Schutz der kritischen Infrastruktur, insbesondere gegen hybride Bedrohungen, und die digitale Sicherheit. Wir verbessern die Notfallinformation der Bevölkerung über sämtliche verfügbare Kanäle.

Serviceorientiertes KVR

Den bürgerorientierten Ansatz des Kreisverwaltungsreferats setzen wir fort, was auch die weitere Beschleunigung der Prozesse in der SZE umfasst. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten machen wir uns hier die Chancen der Digitalisierung zu Nutze. All dies geschieht unter Einbindung der Beschäftigten.

XIV. Gleichstellung

Die Gleichstellung von Frauen, Männern und Menschen aller Geschlechter hat für uns hohe Priorität, da es um die Verwirklichung von Menschenrechten geht. Alle Frauen und Mädchen, unabhängig von Alter, Behinderung, Familienstand oder sozialer Herkunft, sollen in München sicher und selbstbestimmt nach ihren Vorstellungen leben können. München hat die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene und die Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt unterzeichnet, an deren konsequenter Umsetzung wir gemeinsam weiterarbeiten werden, unter anderem mit einem 3. Aktionsplan. Gewalt gegen Frauen verstehen wir als strukturelles Problem, dem wir auf allen gesellschaftlichen Ebenen entschieden begegnen müssen.

Wir setzen uns dafür ein, Rückschritte und Frauenfeindlichkeit zu verhindern und die Gleichstellung weiter zu stärken, z. B. durch die Pilotierung des Präventionsprojekts SToP Partnerschaftsgewalt und den Ausbau der Präventions- und Täterarbeit. Wir begleiten den Systemwechsel bei der Einführung des neuen Gewalthilfegesetzes und sichern unser bestehendes Beratungs- und Unterstützungsangebot für Frauen und Mädchen in Notlagen. Wir unterstützen die Einrichtung eines weiteren Frauenhauses. Im Zuge der Konsolidierung der städtischen Finanzen nutzen wir weiterhin konsequentes Gender Budgeting.

Wir fördern Sicherheit und Sichtbarkeit und geschützte Räume für Frauen und Mädchen im öffentlichen Raum und gehen gegen sexistische Werbung vor. Wir setzen uns für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt ein und gehen selbst in der Stadtverwaltung und in den städtischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften mit gutem Beispiel voran. In der Stadtverwaltung besetzen Frauen bereits mehr als die Hälfte der Führungspositionen, auch bei den städtischen Beteiligungsgesellschaften sollen weitere Fortschritte erzielt werden. Weitere Instrumente sind Führung und Ausbildung in Teilzeit und Unterstützungsangebote für Menschen mit Care-Verantwortung. Wir unterstützen Initiativen, die Equal Care fördern.

XV. Queer

Wir sind starke Partner*innen der Queer-Community und bekennen uns zur toleranten und solidarischen Stadtgesellschaft. Deshalb setzen wir uns ausdrücklich dafür ein, auch in Zukunft die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und non-binären Menschen zu

fördern, ihre Sichtbarkeit zu erhöhen, ihre Gesundheit zu stärken und ihre Interessen wahrzunehmen. Wir bekämpfen entschieden die Hasskriminalität gegen LGBTIQ*.

Wir erhalten in enger Abstimmung mit der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* die geförderte queere Infrastruktur. Wir ermöglichen, zunächst als Interim, ein Zentrum für TIN (trans*, inter* und non-binäre Personen), das sich auf Dauer etablieren soll.

Wir stellen die Durchführung des Christopher Street Day sicher und unterstützen ihn auch in finanziell herausfordernden Zeiten.

Zusätzlich wollen wir neue oder temporäre Projekte ermöglichen. Die Verfolgungs- und Diskriminierungsgeschichte, aber auch die Emanzipationsgeschichte der LGBTIQ*-Community soll durch das Forum Queeres Archiv, mittelfristig im frisch sanierten Stadtmuseum, langfristig in einem queeren Museum sichtbar gemacht werden.

XVII. Personelles

Organisatorische und strukturelle Veränderungen innerhalb der Stadtverwaltung oder der städtischen Betriebe und Beteiligungsgesellschaften müssen von den Koalitionspartner*innen einvernehmlich beschlossen werden.

Die Fraktion Die Grünen – Rosa Liste haben das Vorschlagsrecht bei der Besetzung des Amtes der Zweiten Bürgermeisterin.

Die SPD-Fraktion hat das Vorschlagsrecht bei der Besetzung des Amtes der Dritten Bürgermeisterin.

Die berufsmäßigen Stadtratsmitglieder werden von den Koalitionspartner*innen gemeinsam gewählt.

Die Fraktion Die Grünen – Rosa Liste hat dabei die Federführung bei der Auswahl der Referent*innen im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Personal- und Organisationsreferat, Referat für Bildung und Sport, Baureferat, Kreisverwaltungsreferat und Referat für Klima- und Umweltschutz.

Die SPD-Fraktion hat die Federführung bei der Auswahl der Referent*innen im Referat für Arbeit und Wirtschaft, Sozialreferat, Gesundheitsreferat sowie der Kämmerei.

Die FDP FREIE WÄHLER Stadtratsfraktion hat die Federführung bei der Auswahl der Referent*in im Kulturreferat.

Die FDP FREIE WÄHLER Stadtratsfraktion hat die Federführung bei der Auswahl der Referent*in im IT-Referat.

Der Vorschlag für die Besetzung des Mobilitätsreferats erfolgt einvernehmlich.

Wir setzen gerade in diesen herausfordernden Zeiten auf ein kollegiales Miteinander. Deswegen schlägt Oberbürgermeister Dominik Krause Alexander Dietrich (CSU) als Kommunalreferenten vor.

Veränderungen der Aufgabenzuschnitte einzelner Referate sind zum Zeitpunkt der Referent*innen-Neuwahl generell dann möglich, wenn sich die Koalitionspartner*innen einvernehmlich darauf verständigen.

Der Oberbürgermeister leitet den Finanzausschuss, IT-Ausschuss, Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung und den Verwaltungs- und Personalausschuss.

Die Zweite Bürgermeisterin leitet den Bauausschuss, Stadtentwässerungsausschuss, Kulturausschuss, Kreisverwaltungsausschuss, Ausschuss für Klima und Umweltschutz, Kommunalausschuss und Mobilitätsausschuss.

Die Dritte Bürgermeisterin leitet den Bildungsausschuss, Gesundheitsausschuss, Kinder- und Jugendhilfeausschuss, Sportausschuss, Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft und Sozialausschuss.